



Globale Zivilgesellschaft
IfS Analyse

Simon Lenhart

**Islamistischer Extremismus:
Betrachtung von Handlungsmotiven und zivilgesellschaftlicher
Gegenmaßnahmen**

Institut für Sozialstrategie

Laichingen – Jena – Berlin

Bleichwiese 3, 89150 Laichingen
www.institut-fuer-sozialstrategie.de
kontakt@institut-fuer-sozialstrategie.org

Dezember 2014, Berlin

Abstract:

Islamistischer Extremismus ist eine weltweit vorhandene Gefahr, die nach wie vor eine hochbrisante Thematik ist und eine wachsende Anzahl an Unterstützern findet. Erklärungsversuche fokussieren meist einen starken, einseitigen Einfluss von ideologischen Komponenten. Hierbei soll die ideologisch-religiöse Wirkung keinesfalls vernachlässigt werden, sondern um Wirkungen sozialer Mechanismen in Radikalisierungs- und Deradikalisierungsmaßnahmen von Individuen und Kollektiven erweitert werden. Hinzukommt ein zivilgesellschaftlicher Lösungsvorschlag für mögliche Deradikalisierungsstrategien. Inwiefern können gewaltberiebene, islamistische Extremisten in die Zivilgesellschaft re-integriert oder sogar „demokratisiert“ werden? Kann die Zivilgesellschaft diese komplexe Aufgabe überhaupt erfolgreich übernehmen?

Die Presseberichte der deutschen Sicherheitsbehörden lassen keinen Zweifel daran, dass immer mehr IS-Kämpfer global rekrutiert werden. Der Islamische Staat (IS) ist ein Teil eines multinationalen organisierten Verbrechens, das anstatt mit militärischen Maßnahmen mit Mitteln des zivilgesellschaftlichen Engagements „bekämpft“ werden muss. Die mächtige Terrororganisation kennt keine Skrupel, selbst Jugendliche und Frauen für den „Heiligen Krieg“ zu gewinnen. Die Frage ist also, wie und warum immer mehr Menschen bereit sind, den Worten dieser Terrororganisation zu folgen und deren abscheuliche Vorstellungen mit Hass und Gewalt in der Praxis zu realisieren. Was sind die soziologischen Ursachen und Motive dafür, dass sich viele junge Muslime radikalieren und mit ihrer extremistischen Gewaltbereitschaft eine multinationale Gefährdung von Gesellschaften sind?

Meist leben diese Menschen, die vor allem nicht in den arabischen Staaten leben, nicht am Existenzminimum, haben in der Regel Schulen besucht, einen Arbeitsplatz sowie eine Familie und leben vor allem in einer rechtsstaatlichen Ordnung. Müssten diese Menschen also nicht gut integriert sein? Häufig begegnet uns doch die Vorstellung, dass Extremisten mit einem Komplex aus Kriminalität, Gewalt, Arbeitslosigkeit und Integrationsverweigerung sozialisiert würden und letztlich der Weg zum islamistischen Extremismus vorgezeichnet sei. Doch diese Vorstellung täuscht nicht selten. Welche Rolle spielt eine islamische Ideologie in der Radikalisierung? Wie und warum werden antidemokratische Überzeugungen durch Individuen und Organisationen geäußert? Was sind die Mechanismen eines Radikalisierungsprozesses von Individuen und Gruppen? Lassen sich jene militanten Extremisten durch Integrationsmaßnahmen „demokratisieren“ und in die Gesellschaft re-integrieren? Ebenso wird die Frage der Wirksamkeit von präventiven Lösungsansätzen durch zivilgesellschaftliche Organisationen in der Praxis diskutiert, die als „Deradikalisierungsmaßnahmen“ bezeichnet werden, die also dazu dienen, entweder Muslime vor einer drohenden Radikalisierung zu schützen oder Aussteiger aus der islamistisch-extremistischen Szene wieder als Teil in die Gesellschaft zu integrieren.

Die radikale Umformung einer Gesellschaftsordnung durch die Dschihad-Ideologie

In der öffentlichen Diskussion werden Fanatiker, die in Staaten westlicher Gesellschaftsordnung aufgewachsen sind und dort sozialisiert wurden, mit dem Begriff „home-grown terrorists“ bezeichnet. Darunter fallen sowohl Menschen mit Migrationshintergrund als auch zum Islam Konvertierte. Dieses Phänomen muss auch im Kontext der intensiven Internetnutzung als Informationsforum und Rekrutierungsplattform sowie der Nutzung von Krisenregionen als Ausbildungszentren für gewaltbereite Extremisten betrachtet werden (Hirschmann 2010). Diese Terroristen schließen sich Gruppierungen an, die zum islamistischen Spektrum zählen. Aber was kennzeichnet die verschiedenen islamistischen Strömungen und warum sind diese so populär? Wo liegen ihre historisch-kulturellen Wurzeln?

Wichtige Unterscheidungsmerkmale sind die Zielregion¹, die Toleranz von Gewalt² und der Bezug zur modernen Politik und Gesellschaft³. Historisch gesehen entstand der Islamismus im Zuge von Reformbewegungen in der islamischen Welt in den zwanziger Jahren in Ägypten und Indien. Durch Besinnung auf traditionelle Werte des Islam wurde dieses Weltbild als Instrument gegen die europäische Überlegenheit und als Mittel gegen soziale Spannungen verwendet (Senge 2012). Die Anfänge der heutigen Gewaltideologie liegen in den Schriften des Sayyid Qutb (1906-1966), der einen Kampf gegen den Westen und die Ablehnung seiner Werte propagierte. Gemäß seiner Vorstellung folgte der Niedergang der muslimischen Welt durch westliche Einflüsse - hauptsächlich durch Säkularisierung -, die der islamischen Welt die Orientierung nehme. Qutb fordert ein religiöses Erwachen mithilfe des Dschihad⁴ in allen muslimischen Ländern. Seine Lehre wurde nach seinem Tod durch Scheich Abdullah Azzam (1941-1981) übernommen, dem Lehrer Osama bin Ladens (Hirschmann 2010). Die heutige Dschihad-Ideologie geht davon aus, dass „Kreuzfahrer“ (westliche Staaten), „Juden“ (Israel) und „Handlanger“ (muslimische Regime als Erfüllungsgehilfen des Westens) die Verantwortung für die Unterdrückung der muslimischen Welt trügen. Zudem besetzten die „Feinde“ muslimische Länder durch militärische Aktionen und unterdrückten die Bevölkerung mit deren einheimischer Kultur. Der Dschihad rechtfertigt damit eine gemeinsame Verteidigungsbemühung gegen den „Westen“, zu der aus der Gesamtheit aller Muslime (Umma) Freiwillige als Elite rekrutiert werden, um der religiösen Pflicht nachzukommen und eine „gottgewollte“, radikal-islamische Gesellschaftsordnung zu errichten (Hirschmann 2010).

Schließlich ist diese Gesellschaftsutopie insofern attraktiv, als ein entscheidender Gegenentwurf zum „negativ erfahrenen westlichen Individualismus und Materialismus, zur gesellschaftlichen Entsolidarisierung und zum diagnostizierten Werterelativismus und Werteverfall der säkularen Mehrheitsgesellschaft“ (Puschnerat 2006) geboten wird. Durch Abwertung der westlichen Werte wird eine „islamische Identität“ geschaffen, die zugleich auch einen Überlegenheitsanspruch konstruiert, der negative Erfahrungen im alltäglichen Leben auszugleichen vermag und gerade deswegen attraktiv für junge Muslime sein muss (Puschnerat 2006). Eine weitere Konsequenz der islamistischen Feindbildkonstruktionen gegen den Westen ist das Mittel der „Selbst-Viktimisierung“: Die islamistische Propaganda bietet ein kollektives Entlastungsangebot für junge Muslime an, die negative Erfahrungen in westlichen Staaten gemacht haben, sodass eine individuelle Ursachenanalyse der eigenen sozialen Probleme nicht notwendig sei. Islamistische Organisationen können mithilfe dieses Angebots eine höhere Loyalität und Solidarität gegenüber ihren Unterstützern einfordern und die Wahl der richtigen Lebensweise zur vermeintlich „richtigen“ Seite leicht beeinflussen (ebd.).

Somit lassen sich für die islamistische Ideologie folgende Aspekte zusammenfassen: Zu den zentralen Elementen der islamistischen Ideologie zählen ein extrem polarisiertes Weltbild⁵ sowie ein religiös begründeter dominanter Herrschaftsanspruch, der durch die Gesetzeskraft der Schari'a untermauert wird. Die islamistische Propaganda lehnt zudem die Säkularität und Demokratie völlig ab, da diese Ideen dem islamistischen Gesetz widersprechen. Folglich werden demokratische und rechtsstaatliche Grundhaltungen abgelehnt (Puschnerat 2006). Durch terroristische Aktionen *glauben* islamistische Terrorkämpfer ihre politisch-gesellschaftlichen Ziele zu erreichen und gelangen zum völligen Fehltrichter, dass ihnen eine breite Unterstützung in der Bevölkerung gesichert sei (Senge 2012). Zudem verwundert es nicht, dass viele islamistische Terroristen den Koran nur schlecht kennen und eine auffällig einseitige Lesart pflegen. Die „homegrown terrorists“ sind keineswegs Schriftgelehrte wie meist frühere Generationen von radikal-islamischen Organisationen, sondern außerordentlich emotionalisierte Personen, deren Emotionalität

¹ Wo sollen Muslime dauerhaft leben?

² Ablehnung, teilweise Zustimmung oder Rechtfertigung von Gewalt.

³ Lebensweise des Propheten oder Verbindung von Moderne und Islam; Politik als religiöses Mittel?

⁴ ‚Dschihad‘ bedeutet wörtlich übersetzt ‚Anstrengung oder Bemühung auf dem Wege Allahs‘ (keinesfalls ‚Heiliger Krieg‘) und wird hier missbräuchlich als Legitimation für Gewalt interpretiert. Dies entspricht aber nicht den Lehren der (friedlichen) Weltreligion des Islam.

⁵ Gut vs. Böse, Westen vs. Islam, Gläubige vs. Ungläubige.

weitaus bedeutender einzuschätzen ist als das, was sie denken. Für viele religiöse Terrorkämpfer sei die dschihadistische Ideologie nicht Voraussetzung, sondern das Ergebnis ihres Kampfes (Hasenclever 2011).

Der Prozess der Radikalisierung

Eine sinnvolle Unterscheidung angesichts der Vielfalt des islamistischen Spektrums besteht darin, die Begriffe „Radikalisierung“ und „Extremismus“ voneinander zu trennen. Denn Radikalisierung bedeutet per se nicht Schlechtes: Einige Individuen oder Gruppen entwickeln Ansichten und Verhaltensweisen, die sich deutlich von der typisch angewandten Alltagspraxis in einer Gesellschaft unterscheiden. Es ist eine drastische Abkehr typischer Gesellschaftsverhältnisse. Wenn Radikale versuchen ihre Vorstellungen mit Gewalt durchzusetzen, werden sie gemeingefährlich (Hasenclever 2011). Der Prozess, durch den sie zu gefährlichen Extremisten werden, lässt sich als Radikalisierung bezeichnen, dessen komplexe Faktoren hier genauer untersucht werden sollen. Als weitere Steigerung ist der Terrorismus eine höchst gewalttätige Form politischer Radikalisierung, dessen Angriffe sich nicht nur auf staatliche Institutionen beschränken, sondern die gesamte Zivilbevölkerung ins Fadenkreuz nehmen (McCauley 2011). Nach einer begrifflichen Unterscheidung stellt sich nun die Frage, wie dieser Radikalisierungsprozess erfolgt. Eine Variante ist die *Top-down-Radikalisierung*, bei der radikale Gruppen direkt mithilfe von Rekrutierungsprogrammen um neue Mitglieder, z. B. durch freundliche Imame oder Aktivisten, im Internet werben. Die zweite Variante bezeichnet man als *Bottom-up-Radikalisierung*, bei der individuelle oder kollektive Akteure ihre Einstellungen größtenteils autark von bestehenden Organisationen entfalten, sodass diese erst später Kontakt zu radikalen Gruppen suchen oder sogar selbst aktiv werden (ebd.). In Anlehnung an McCauley kann der Radikalisierungsprozess auf verschiedenen Ebenen erfolgen: auf der *Individual-, Gruppen- und gesamtgesellschaftlichen Ebene*.

Eine **individuelle Radikalisierung** in eine radikal-islamische Welt der wohlbehüteten Sicherheit und Ordnung scheint für nicht wenige Menschen eine Alternativlösung zu sein, um etwas zu finden, was sie bis dato in der Gesellschaft nicht erfahren haben. Zum einen können sich Extremisten stark mit politischen Inhalten bzw. politischen Missständen identifizieren und suchen häufig Kontakt zu radikalen Gleichgesinnten in Gruppierungen. Häufig sind es auch gemeinsame Erfahrungen von Unrecht, die später an öffentlichen Institutionen gerächt werden (ebd.). Zu Erfahrungen von Unrecht bzw. Unzufriedenheit zählen u. a. Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen oder auch politische und sozioökonomische Spannungen (Neumann 2013). Zum anderen kann der Beginn der Radikalisierung erst mit Eintritt in eine extremistische Organisation in einem langen Sozialisationsprozess erfolgen, sodass die anfänglichen Terrorrekruten durch einen harten Gewöhnungsprozess zu fähigen Terrorkämpfern heranwachsen. Während dieser Phase werden auch persönliche Beziehungen im extremistischen Netzwerk aufgebaut.

Zudem erfolgt eine individuelle Radikalisierung auch aus Zuneigung, da Radikale und Terroristen meist weitere Mitglieder aus ihrer ähnlichen sozialen Umgebung anwerben. Somit verstärkt sich die persönliche Bindung durch gemeinsame Erfahrungen. Hinzu kommt, dass die gesellschaftliche Isolation der Radikalen die wechselseitige Abhängigkeit unter den Mitgliedern einer extremistischen Organisation noch intensiviert. Ebenso können persönliche Gefühlsregungen bei dieser Radikalisierungsweise politische Ansichten ersetzen, sofern ein geliebter Mensch bedroht oder im Kampf getötet wurde (ebd.). Außerdem kann der Weg zum Terrorismus auch in einem Kontext mit Abenteuerlust und Anerkennung gedeutet werden. Denn es überwiegt die Tatsache, dass eine solche Terrorgruppe meist „großartige“ und „heldenhafte“ Taten durch den Umgang mit Waffen und viel Geld sowie Belohnungen verheißt.

Die späteren Täter eines politisch-religiös motivierten Terrorismus suchen nach Wertschätzung und den festen Halt in einer Gemeinschaft, den sie nicht mehr im Alltag finden, da sie isoliert leben. So ist es offensichtlich, dass diese Personen alternative Lebenskonzepte von charismatischen Anhängern einer Glaubenslehre anziehend finden und

die politische Instrumentalisierung dieses Glaubens nicht erkennen können oder wollen. Fehlende Integration in der Gesellschaft im Heimatland führt vor allem bei Migranten der zweiten und dritten Einwanderergeneration häufig zu Identitätskonflikten, bei denen die Frage aufkommt: Ist die Kultur meiner Vorfahren auch meine oder ist sie die des Einwanderungslandes (Hirschmann 2010)?

Der islamistische Radikalisierungsprozess ist eine schrittweise Integration in eine soziale Gruppe, die mittels ideologischem Konstruktivismus Selbstvergewisserung und stark ritualisierte Verhaltensmuster, ein „geschlossenes ideologisches Sinn- und Welterklärungssystem sowie klare Handlungsorientierungen“ bietet (Puschnerat 2006).

Bezugnehmend auf das Phänomen der „homegrown terrorists“ lässt sich der Weg zur gewaltbereiten Islamisierung in vier Phasen unterteilen, die zu den bereits genannten Mechanismen der individuellen Radikalisierung keinesfalls im Widerspruch stehen⁶: die Phasen der *Prä-Radikalisierung*, der *Selbstfindung*, der *Indoktrinierung* und der *Dschihadisierung* (Hirschmann 2010). In der Regel fallen spätere islamistische Terroristen in der Prä-Radikalisierung nicht auf, da sie meist säkular leben, zur Schule gehen, einen Beruf ausüben und nicht als gewaltbereit gelten: ein typisches Mittelstandsleben ohne Anzeichen einer Radikalisierung. Aber durch besonders emotionale Ereignisse können sich diese Menschen stärker mit ihrem Glauben auseinandersetzen und stoßen auf radikal-islamische Religionsauslegungen der Dschihad-Ideologie. Heutzutage erfolgt die Radikalisierung mit und durch Gleichgesinnte überwiegend im Internet.⁷ Durch charismatische Anwerbung von Predigern folgt die Indoktrinierung, da diese den neuen Radikalen fortan Grundsätze der Dschihad-Lehre predigen, bis diese selbst zur Gewaltanwendung schreiten (Dschihadisierungsphase) (Hirschmann 2010).

Eine **kollektive Radikalisierung** beginnt schon mit der Diskussion unter Gleichgesinnten. Es fällt auf, dass diejenigen, die die Einstellungen der Gruppe am kompromisslosesten vertreten, einflussreiche Positionen innerhalb der Gruppe übernehmen. Folglich wenden sich Gruppenmitglieder mit weniger radikalen Überzeugungen total radikalen Positionen zu, um ihre soziale Anerkennung nicht einzubüßen⁸ (McCauley 2011). Zudem verhärten sich die Überzeugungen von Gruppen, wenn sie in Auseinandersetzung mit der Staatsgewalt geraten. Während zum Beginn der Proteste opponierende Bewegungen nicht bereit sind, die Staatsmacht offen zu attackieren und eher eine friedliche Aufklärung bevorzugen, verlassen gemäßigte Gruppenmitglieder dann den Protest, wenn der Staat zu repressiven Mitteln greift. Voraussichtlich werden die verbliebenen Gruppenmitglieder immer radikaler, was aber eine härtere Reaktion der Staatsgewalt erwarten lässt. Folglich wird am Ende nur noch ein „harter Kern“ übrigbleiben, der vom Untergrund oder vom Ausland aus als terroristisches Netzwerk agieren wird. Als Konsequenz wird feststehen, dass der Gruppenzusammenhalt zunehmen wird, Gruppenwerte immer absoluter, Autoritäten als Führungspersonen respektiert und Dissidenten härter bestraft werden (ebd.). Hinzu kommt eine eingeschränkte Aktionsmacht von isolierten Gruppen, die verbindliche Regeln für das korrekte Verhalten eines Einzelnen in einer bestimmten festsetzen (ebd.).

Gegenlösungen durch Deradikalisierung?

Als einfachste Betrachtungsweise lässt sich Deradikalisierung als umgekehrter Prozess zur Radikalisierung eines Extremisten verstehen, bei dem im Idealfall negative Einflüsse der Radikalisierung durch positive aufgehoben werden. Grundsätzlich gibt es keine Einheitslösung zu den vielfältigen Formen von Radikalisierung, sondern lediglich ähnliche Radikalisierungsverläufe bzw. charakteristische Gemeinsamkeiten (s. o.). Die Schwierigkeit besteht darin zu erkennen, welche Einflüsse während des Radikalisierungsprozesses

⁶ Studie des New York Police Department. Vgl. New York Police Department, *Radicalization in the West: The Homegrown Threat*, NYPD Intelligence Division, 2007, http://msnbcmedia.msn.com/i/msnbc/Sections/NEWS/PDFs/nypd_radicalization_report.pdf

⁷ Vgl. **Steinberg**, Guido: *Jihadistische Radikalisierung im Internet und mögliche Gegenmaßnahmen*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 63 (2013), S. 17-25

⁸ Alternativ können diese auch aus der Gruppe austreten.

auf welche Weise ursächlich verantwortlich sind (Neumann 2013). In Anlehnung an Peter Neumann lassen sich Deradikalisierungsmaßnahmen in *kognitive Deradikalisierung* und Demobilisierung unterscheiden.

Eine *kognitive Deradikalisierung* soll die festen Überzeugungen des Extremisten durch gezielte Überzeugungsarbeit auflösen. Es ist damit zu rechnen, dass sich betroffene Personen gegen zu direkte, aggressive oder plumpe Überzeugungsversuche zur Wehr setzen werden (Reaktanz). Schlimmstenfalls können sich ursprünglich verfestigte Ansichten noch verstärken (ebd.). Scheinbar leichter scheint das Vorgehen in der Demobilisierung zu sein: Hierbei steht das Unterlassen extremistischer Handlungen wie der Anwendung von Gewalt im Vordergrund. Häufig erfolgt die Demobilisierung auf individueller Basis, beispielsweise als „Aussteiger“, die zwar Teil eines radikalen Milieus bleiben wollen (oder anders nicht können), sich aber nicht mehr an illegalen oder gewalttätigen Aktionen beteiligen wollen. Zudem ist aber auch eine kollektive Demobilisierung möglich, indem radikal-militante Gruppen öffentlich eine „Waffenniederlegung“ propagieren, sich aber grundsätzlich nicht von ihrem geistigen Fundament lösen (ebd.).

Die Konzepte der kognitiven Deradikalisierung und der Demobilisierung sind häufig angewandte Ansätze auf der individuellen Ebene des extremistischen Täters, die zudem zu einer Form der weichen Terrorismusbekämpfung zählen. Doch wie kann islamistischer Terrorismus auf der Gruppenebene eingeschränkt werden?

Sicherheitsbehörden versuchen dies meist in der harten Terrorismusbekämpfung umzusetzen, indem die Handlungsfähigkeit einer Terrororganisation massiv durch geheimdienstliche und polizeiliche Operationen geschwächt werden soll. Sie versuchen einen hohen Verfolgungsdruck auf die Mitglieder der Terrorgruppe auszuüben, indem sie alle notwendigen Informationen⁹ zur Terrorgruppe sammeln, die im Idealfall zu Verhaftungen und deutlichen Störungen in der Organisation der Terrorgruppe führen. Insbesondere können Kommunikationsnetzwerke der Terroristen besser denn je durch Geheimdienste überwacht und analysiert werden (Hasenclever 2011). Es ist ersichtlich, dass Ansätze der „harten“ und „weichen“ Terrorismusbekämpfung im angemessenen Maß aufeinander abgestimmt sein sollten, d. h. ein größtmöglicher Schutz vor Anschlägen mit wenig Anreizen zur Bildung terroristischer Gruppierungen. Insbesondere in Bezug auf die „home-grown terrorists“ muss ein weiteres Ziel von Terrorismusbekämpfung sein, dass sich Muslime in westlichen Gesellschaften nicht diskriminiert fühlen und als sozial integriert erkannt werden müssen (ebd.).

Präventionsmaßnahmen in der Praxis

Maßnahmen zur Deradikalisierung, gerade in der islamistischen Szene, sind vielfältig und bieten unterschiedliche Anwendungsmöglichkeiten an. Zum einen bieten sie die Möglichkeit der Intervention, bei der sich kognitive Extremisten, von denen eine akute Gefahr ausgeht, durch individuell zugeschnittene Maßnahmen von einer konkreten Gewalttat abwenden sollen. Personen, die sich bereits radikalisiert haben, sollen so wieder in die Gesellschaft „zurückgewonnen“ werden. Ein Beispiel hierfür ist das britische Channel-Projekt, das bereits häufig angewandt wurde. Sobald Sicherheitsbehörden Hinweise auf die Verübung extremistischer Gewalttaten erhalten oder für eine Unterstützung terroristischer Organisationen, wird ein Arbeitsteam zusammengestellt, das diesen Fall analysiert und die Monate andauernde Intervention koordiniert. Häufig intervenieren dann religiöse Mentoren und Sozialbehörden. Zu Recht halten Kritiker den präventiven Charakter dieses Programms für zweifelhaft, da Menschen dadurch bereits frühzeitig von Behörden als Terroristen vorverurteilt werden (Neumann 2013). Dagegen setzt das britische Prevent-Programm auf eine Stärkung muslimischer Gemeinden, um die Widerstandsfähigkeit gegenüber radikal-islamischer Propaganda zu erhöhen (Hasenclever 2011).

Durch die Medien scheint die Variante der Exit-Programme, also der Aussteigerprogramme, öffentlich bekannter zu sein. Hierbei werden Angebote geschaffen, um Mitglie-

⁹ wie Mitgliedernetzwerk, Finanzquellen, Waffenhandel und -beschaffung, strategische Vorhaben.

dern einer extremistischen bzw. terroristischen Organisation einen Ausstieg zu ermöglichen. Zwar haben sich die meisten Personen dieser Programme von extremistischen Ansichten distanziert, empfinden aber den Ausstieg aus der Szene als problematisch, da sie Vergeltungsaktionen oder eine soziale Isolation befürchten. Exit-Programme unterstützen aussteigewillige Extremisten in allen Lebenslagen. Zudem sorgen erfolgreiche Ausstiege für Unruhe innerhalb einer extremistischen Szene (Neumann 2013.). Vor allem in arabischen Staaten werden Rehabilitationsprogramme angewendet, die durch inhaftierte Terroristen erprobt werden. Der Fokus liegt hierbei auf dem Aufbau einer neuen Existenz (in privater und beruflicher Hinsicht), der sozialen Integration und in der Versöhnung mit Betroffenen und der eigenen Familie. Jedoch sind zum derzeitigen Zeitpunkt keine genauen Angaben zum Erfolg dieser Programme möglich (ebd.).

Während Programme für eine gezielte Intervention und für den Ausstieg aus einer gewaltbereiten islamistischen Szene bestehen, scheint es an ganzheitlichen Konzepten in der Präventionsarbeit zu fehlen, deren Verantwortung nicht bei staatlichen Behörden liegen soll, sondern bei zivilgesellschaftlichen Akteuren. Gesellschaftliche Bedürfnisse erfordern einen Pluralismus von Werten, Vorstellungen und Ideen, worauf mit Absicht ein friedlich geordnetes Konfliktpotenzial entstehen soll (Knobbe 2012).¹⁰ Eine globale Bedeutung erhält der Begriff der Zivilgesellschaft durch die Leitideen des Instituts für Sozialstrategie (IfS): Demnach bestehe die globale Zivilgesellschaft aus allen derzeit auf der Erde lebenden Menschen und ihren Institutionen mit Ausnahme von Staaten und des organisierten Verbrechens.¹¹

Auch nachfolgende Forderungen haben eine globale Bedeutung, da Präventionsstrategien durchaus global gedacht werden können, konkrete Präventionsprojekte aber lokal ausgearbeitet werden müssen. Hierbei muss eine finanzielle Sicherung aller Deradikalisierungsprogramme, aber insbesondere der langfristig laufenden zivilgesellschaftlichen Präventivprojekte hauptsächlich durch staatliche Einrichtungen sichergestellt werden, zumal die Auswirkungen islamistischen Terrors auf lokaler Ebene spürbar sind, aber seit Beginn der Ausformulierung islamistischer Weltansichten transnational bis global gedacht werden. Folglich müssen sich Präventivstrategien auch global denken lassen, da die Grundlage, das islamistische Radikalisierungsmodell, auf alle Gesellschaften übertragbar sein soll.

Ganzheitliche Präventionsarbeit soll heißen, dass zivilgesellschaftliche Gruppen insbesondere für die Risikogruppe der Jugendlichen einen dauerhaften Kontakt zu gemäßigten muslimischen Dachverbänden sowie zu gesellschaftspolitischen Gruppen ermöglichen. Eine grundlegende und faktenorientierte politisch-gesellschaftlich-religiöse „Aufklärungsarbeit“ versucht Verhaltens- und Denkweisen anderer gesellschaftlicher Gruppen zu akzeptieren und zu tolerieren, was gerade einseitige ideologische Auslegungen des Islam in ihren Grundfesten erschüttern lässt. Aufgrund der verschiedenen Radikalisierungsverläufe, der differenzierten Handlungsmotive für die Hinwendung zum islamistischen Extremismus und dem vielschichtigen Zusammenspiel individueller, kollektiver und gesellschaftlicher Einflüsse sollte erkennbar sein, dass eine einheitliche Präventionsstrategie nicht sinnvoll ist. Daher fordere ich die Berücksichtigung folgender präventiv wirkender Bereiche:

- Förderung und Ausweitung eines interreligiösen Dialogs, bei dem vor allem Jugendliche und junge Erwachsene konkrete praktische Erfahrungen durch beispielsweise Begegnungen, Teilnahme an religiösen Festlichkeiten und Bildung von gemeinsamen Veranstaltungen machen können. Hier soll eine religiöse Toleranz und Akzeptanz erlernt werden.
- Ausweitung interkultureller Projekte, wobei Verständnis und Toleranz für verschiedene Kulturen und Gesellschaften erworben werden soll. Zudem müssen Angebote zur gesellschaftspolitischen Aufklärung bzw. zur politischen Bildung

¹⁰ Einen guten Überblick über aktuelle Forschungen zum Begriff der „Zivilgesellschaft“ gibt die Arbeit von Sonja Knobbe „Ein Überblick über die aktuelle Forschung zur globalen Zivilgesellschaft“ (IfS Arbeitspapier, 2014).

¹¹ Vgl. <http://institut-fuer-sozialstrategie.de/forschungsschwerpunkt/globale-zivilgesellschaft>

und zur gesellschaftlichen Debatte mit Jugendlichen schulisch und außerschulisch ausgebaut werden, um demokratie- und religionsfeindliche Argumente zu entkräften. Insbesondere muss auch an die Lebenswelt junger Muslime angeknüpft werden, sodass Themen wie beispielsweise der Nahostkonflikt, Antisemitismus und Terrorismusbekämpfung, aber auch solche wie Menschen- und Grundrechte und Umgang mit Medien (v. a. Internet) zur Sprache kommen¹². Das Verständnis für neue Perspektiven und Einsichten wird extremistisches Gedankengut infrage stellen.

- Insbesondere die Vermittlung von Wissen über den Islam ist grundlegend für einen religiösen Austausch unter jungen Menschen, nicht zuletzt durch eine Einführung eines Islam-Unterrichts, an dem alle interessierten jungen Menschen teilnehmen können. Häufig müssen hartnäckige Vorurteile und Halbwahrheiten, die ebenso durch Presse und Internet produziert werden, durch eigene Textarbeit und anschließende Debatte mit professionell geschultem Personal aufgelöst werden.
- Ausbau von Angeboten zur Förderung der kritischen Mediennutzung, da gerade salafistische und islamistische Gruppierungen die einseitige Darstellung des Islam durch gezielte Ansprachen im Internet dominieren.¹³ Gerade eine kritische Internetnutzung kann die islamistischen Prediger aus dem Internet mit den eigenen Methoden schlagen, wenn öffentlichkeitswirksame Aussteiger aus dieser Szene die Worte der Prediger anzweifeln oder kritisieren, um somit jungen Menschen eine Alternative aufzuzeigen, die in den Extremismus abzurutschen drohen.

Fazit

Nicht zuletzt muss an dieser Stelle auch der gesellschaftliche und der politische Umgang mit Migranten und Flüchtlingen neu überdacht werden, da die Migranten- und Flüchtlingsströme aus dem Nahen und Mittleren Osten zunehmen werden. Nicht nur der Umgang, sondern auch Fragen der sozialen Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in westliche Gesellschaften müssen neu konzipiert werden. Auch werden die Bestrebungen zu einer religiösen und kulturellen Intoleranz in den westlichen Ländern zunehmend intensiver, sodass Integrations- und Diversitätsbemühungen von Politik und Zivilgesellschaft auf eine deutliche Probe gestellt werden.

Insbesondere die oben genannten Angebote und das komplette Spektrum der Deradikalisierungsstrategien dürfen in den westlichen Staaten von Politik und Zivilgesellschaft nicht vernachlässigt werden, da sonst die Folgen islamistischen Terrors schnell spürbar werden. Die globalisierte Gefahr eines verbrecherischen, islamistischen Terrorismus kommt eindeutig durch die Existenz des Islamischen Staates zum Ausdruck. Schon jetzt warnen Sicherheitsbehörden und Medien vor Dschihadisten, die aus ihrem „Heiligen Krieg“ wieder in ihre Heimatländer zurückkehren werden.

Eine transnationale Zivilgesellschaft wird durch gemeinsame Herausforderungen für die nächste Zukunft geprägt sein. Viele Gewaltverbrechen und abscheuliche Gräueltaten hätten verhindert werden können, wenn Politik und Zivilgesellschaft ein effizienteres Präventions- und Interventionssystem aufgebaut hätten. Beide Seiten müssen sich eingestehen, dass sie beim Entwurf einer elementaren Orientierungsfunktion, die jungen Menschen gesellschaftliche Integration, Anerkennung und Ordnung stiften soll, schlichtweg versagt haben, wenn insbesondere Jugendliche häufig zu (islamistischer) Radikalisierung neigen. Jedoch ist es eine zentrale Aufgabe von Zivilgesellschaften, verbrecherische Organisationen wie den IS mit friedlichen Mitteln und zivilgesellschaftlichem Engagement zu bekämpfen - und dies ohne militärische Instrumente. Denn eine Zivilgesellschaft ist eben nicht eine willenlose Masse von Bürgern, sondern lernfähig und innovativ. Es ist zivilgesellschaftlicher Mut notwendig, um den täglichen Gewaltandrohungen und Propagandavi-

¹² Die mögliche Themenauswahl ist natürlich noch nicht erschöpft!

¹³ Vgl. hierzu *Jihadistische Radikalisierung im Internet und mögliche Gegenmaßnahmen*, Steinberg (2013).

deos der islamistischen Terrorgruppierungen entgegenzutreten (Hemel 2014). Wie kann aber die Zivilgesellschaft für diese Aufgabe gestärkt werden?

Wenn radikalisierte Menschen durch eine gesellschaftliche Inklusion deradikalisiert werden sollen, muss auch ein eindeutiges Bekenntnis zur Vielfalt gemacht werden. Eine Zivilgesellschaft muss die Spannungen zwischen einer geforderten religiös-kulturellen Diversität und einer gleichzeitigen Individualität der verschiedenen Personen(gruppen) aushalten können. Grenzen dieser Toleranz wie Missachtung, Diskriminierung und Hass, Gewaltanwendung durch Dritte und persönliche Leidensschicksale müssen ständig gesellschaftlich „ausgehandelt“ und in politischem Handeln realisiert werden. Folglich gehen von zivilgesellschaftlichen Vorhaben ständig Demokratie- und Menschenrechtsimpulse aus. Damit verbunden sind die Werte der Zivilgesellschaft: Offenheit, Austausch, Nicht-Diskriminierung und ein Leben ohne Zufügung willkürlicher, äußerer Gewalt (Hemel 2014). Eine zivilgesellschaftliche Gegenbewegung zur islamistischen Radikalisierung muss grundlegende, anthropologische Bedürfnisse berücksichtigen, nämlich die Schöpferkraft und Verletzlichkeit von Menschen: Eine Gesellschaft wird dann durch eine Ausgewogenheit von Schutz- bzw. Wohlfahrtsfunktionen für Schwache und einen Gestaltungsdrang für gesellschaftlich Aktive aufleben. Zudem muss sich eine Zivilgesellschaft im Hinblick auf die Gestaltung von Deradikalisierungsstrategien selbstkritisch hinterfragen, ob die Teile der Gesellschaft, die in eine Radikalisierung abzugleiten drohen, ausreichend Achtung in ihrer bisherigen Biografie erfahren haben. Wenn dies nicht zutrifft, hat die Zivilgesellschaft versagt darin, jenen Betroffenen ein Gefühl von Achtung und Wertschätzung zu geben. Das elementare menschliche Gefühl, erwünscht zu sein, wurde hier nicht erfüllt. Ziel soll es sein, dass Fragen der Bedeutsamkeit („Für wen bist Du bedeutsam?“), der Zugehörigkeit („Zu welcher Gruppe oder Familie gehörst Du?“), der Orientierung („Wofür interessierst Du Dich besonders?“) und der Konsistenz („Wie stark lebst Du in Widersprüchen?“) positiv beantwortet werden (nach Hemel 2014). Nur so ist eine Aussicht auf den Erfolg einer ganzheitlichen Prävention von und durch zivilgesellschaftliche Akteure gegeben.

LITERATUR:

Eckert, Roland: Radikalisierung - Eine soziologische Perspektive, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 63 (2013), 29-31, S. 11-17

Hasenclever, Andreas / Jan **Ständig**: Religion und Radikalisierung? Zu den säkularen Mechanismen der Rekrutierung transnationaler Terroristen im Westen, in: Der Bürger im Staat. Radikalisierung und Terrorismus im Westen 4 (2011), S.204-213

Hemel, Ulrich: Globale Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement - oder: In welcher Gesellschaft möchten wir leben? (Beitrag vom 11.11.2014); http://institut-fuer-sozialstrategie.de/sites/default/files/upload/dokumente/gz_ifs_hemel_globale_zivilgesellschaft_buergerschaftliches_engagement_0.pdf (Empfangen: 14.12.2014)

Hirschmann, Kai: Fanatiker in unserer Mitte: Das Phänomen der Homegrown Jihadists, in: KAS Auslandsinformationen 8 (2010), S.21-43

MacCauley, Clark/Sophia **Moskalenko**: Mechanismen der Radikalisierung von Individuen und Gruppen, in: Der Bürger im Staat. Radikalisierung und Terrorismus im Westen 4 (2011), S. 219-224

Neumann, Peter: Radikalisierung, Deradikalisierung und Extremismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 63 (2013), 29-31, S. 3-10

Puschnerat, Tania: Zur Bedeutung ideologischer und sozialer Faktoren in islamistischen Radikalisierungsprozessen-eine Skizze, in: Beiträge zur inneren Sicherheit 28 (2006), S.129-155

Senge, Katharina: Radikalisierung durch Religion? Zu den Ursachen eines gewaltbereiten islamistischen Extremismus und den Möglichkeiten der Prävention, in: KAS Auslandsinformationen 4 (2012), S.25-29

Steinberg, Guido: Jihadistische Radikalisierung im Internet und mögliche Gegenmaßnahmen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 63 (2013), S. 17-25

Steinberg, Guido: Wer sind die Salafisten?, in: SWP-Aktuell 28 (2012), S.1-8

Vidino, Lorenzo: Deradikalisierung durch gezielte Interventionen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 63 (2013), S. 25-32

Weiterführende Internetquellen:

http://sekten-info-nrw.de/index.php?option=com_content&task=view&id=201&Itemid=46
(Stand: 15.12.14)

<http://www.dw.de/aussteigerprogramme-f%C3%BCr-salafisten-erfolglos/a-16432444>
(Stand: 15.12.14)

<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/terrorismus-praevention-es-fuehrt-immer-ein-weg-zurueck-12056166.html> (Stand: 16.12.14.)

http://www.mik.nrw.de/fileadmin/user_upload/Redakteure/Verfassungsschutz/Dokument_e/FAQ_Wegweiser_Okt_2014.pdf (Stand: 16.12.14)

Alle Rechte vorbehalten.

Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten des Instituts für Sozialstrategie ist auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

Publikationen des IfS unterliegen einem Begutachtungsverfahren durch Fachkolleginnen und -kollegen und durch die Institutsleitung. Sie geben ausschließlich die persönliche Auffassung der Autorinnen und Autoren wieder.